

Digitalgespräch Folge 22

Open Source für die öffentliche Verwaltung: Das Beispiel Schleswig-Holstein

Mit Marit Hansen, Landesbeauftragte für Datenschutz Schleswig-Holsteins, 24. Mai 2022

<https://zevedi.de/digitalgespraech-022-marit-hansen/>

[Der Vorspann mit Musik und Ausschnitten aus dem Gespräch beginnt.]

Marlene Görger [mg]: Frau Hansen, Sie sind Informatikerin und bereits lange als Datenschützerin aktiv. Schon bevor Sie zur Landesdatenschutzbeauftragten Schleswig-Holsteins ernannt wurden, waren Sie viele Jahre am unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz tätig. Die gesamte öffentliche Verwaltung soll komplett von sogenannter Closed Source auf Open Source-Software umgestellt werden.

Marit Hansen [Hansen]: Wir haben in Schleswig-Holstein, glaube ich, immer schon einen sehr offenen Umgang mit Technik gepflegt. Vielleicht ist das auch so ein bisschen die Nähe zu Skandinavien. Abhängigkeiten führen in Probleme. Man hat diese Beherrschbarkeit des eigenen Systems nicht in der Hand. Auch reicht nachher nicht nur Software. Wir müssen auch über Open Hardware reden.

Petra Gehring [pgg]: Datenschutz, Unabhängigkeit, Geld. Welches von den dreien zieht im politischen Raum letztlich am meisten?

[Hansen]: Open Source ist keineswegs kostenlos. Es kostet auch viel Geld, es kostet auch viel Kompetenz. Verwaltung muss nach Recht und Gesetz handeln. Die muss immer ihr Tun beherrschen. Aber in der technisierten Welt ist das gar keine Selbstverständlichkeit mehr.

[Der Vorspann endet, das Gespräch beginnt.]

[mg]: Das Ziel, flexibel mit vertrauenswürdigen und bezahlbaren Softwarelösungen arbeiten zu können, ist nur schwer vereinbar mit den faktischen Abhängigkeiten, in denen wir uns befinden. Von globalen Softwareunternehmen, die sich erst langsam an unsere europäischen Werte und Regeln gewöhnen und deren Interessen nicht immer gut zu unseren eigenen passen. Außerdem sind deren Lizenzmodelle oft teuer und kosten auch die öffentliche Hand, etwa die Verwaltungen, viel Steuergeld. Staatliche Institutionen, Schulen und Behörden stehen in Sachen Digitalisierung besonders unter Beobachtung. Man kritisiert sie als langsam, wenn es darum geht, Prozesse digitaler zu machen. Und man traut ihnen auch nicht immer zu, die Rechte und Interessen der Bürger:innen zu wahren. Datenschutz ist dabei nur ein Aspekt. Auch steigende Kosten, Security und zweckmäßige Gestaltung von Systemen müssen bei der Planung von IT für den öffentlichen Sektor besonders berücksichtigt werden. Einen ganz eigenen Weg aus dieser Problemlage hat das Bundesland Schleswig-Holstein eingeschlagen und damit nicht zuletzt von Datenschützern und aus der IT-Szene viel Anerkennung erfahren. Die gesamte öffentliche Verwaltung soll komplett von sogenannter Closed Source- auf Open Source-Software umgestellt werden. Zum Beispiel von Windows auf Linux und von Excel und Word auf LibreOffice. Was bedeutet das eigentlich? Was verspricht man sich davon? Wie geht man ein solches Projekt an? Und könnte

Schleswig-Holstein, vorausgesetzt, es bleibt bei dieser spannenden Strategie, Vorbild für andere Bundesländer sein? Vielleicht sogar Vorreiter für den Bund? Darüber wollen wir heute im Digitalgespräch reden. Mein Name ist Marlene Görger. Ich bin Physikerin und Technikphilosophin am Zentrum verantwortungsbewusste Digitalisierung.

[pgg]: Und ich bin Petra Gehring, Professorin für Philosophie an der TU Darmstadt. Bei uns im Digitalgespräch zu Gast ist heute eine perfekte Expertin für unser Thema, nämlich Marit Hansen, Datenschutzbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein, die natürlich diese Entwicklungen verfolgt und über deren Schreibtisch, wahrscheinlich ein digitaler Schreibtisch, auch viele Kommentare und Genehmigungsverfahren in demselben Zusammenhang laufen. Herzlich willkommen, Frau Hansen! Vielen Dank, dass Sie sich Zeit nehmen für unser Gespräch.

[Hansen]: Ich finde das Thema sehr spannend. Vielen Dank für die Einladung.

[mg]: Frau Hansen, Sie sind Informatikerin und bereits lange als Datenschützerin aktiv. Schon bevor Sie zur Landesdatenschutzbeauftragten Schleswig-Holsteins ernannt wurden, waren Sie viele Jahre am Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz tätig, so heißt die zuständige Behörde in Kiel. Sie begannen am ULD 1995 als Referentin. 2008 wurden Sie dann stellvertretende Landesbeauftragte für Datenschutz. Und seit 2015 haben Sie die Leitungsposition inne. Zudem sind Sie Mitglied der Datenethikkommission der Bundesregierung und des Rates für Informationsinfrastruktur. Wenn man sich mal anschaut, wie die Digitalisierung des öffentlichen Sektors in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, es scheint ja vor allem zwei große kritische Haltungen zu geben. Einerseits scheinen viele Menschen besonders gegenüber dem Staat sehr zurückhaltend mit ihren digitalen Daten zu sein. Da gibt es scheinbar viel größere Vorsicht und viel mehr Misstrauen als gegenüber Privatunternehmen. Und andererseits wünschen sich offenbar viele Bürgerinnen und Bürger mehr digitale Angebote und zeitgemäße digitale Prozesse. Also, das Faxgerät ist jetzt schon fast zum Symbol für veraltete Verwaltungsapparate geworden. Wie bewerten denn Sie, die Lage? Ist aus Ihrer Sicht die Kritik an langsamer Digitalisierung des öffentlichen Sektors berechtigt?

[Hansen]: Ich glaube, das können wir in Deutschland schon bestätigen, dass wir in der Verwaltung, aber auch sonst im Bereich Digitalisierung nicht vielleicht ganz vorne mitgespielt haben in der Vergangenheit. Das heißt nicht, dass Verwaltung unbedingt in jeder Hinsicht immer eine super Geschwindigkeit an den Tag legen muss. Es ist sogar eine Art Feature, dass bestimmte Prozesse eingeführt werden, weil sie rechtsstaatlich so sein sollen und müssen, dass man Checks and Balances gleich direkt dabei hat und das auch hoffentlich gut genug funktioniert. Und dass dann in der entsprechenden Sorgfalt alles durchgeführt wird und nicht so ein „husch-husch, schnell-schnell und wir machen mal irgendwie“ passiert. Also, es kann auch ein Feature sein, aber das entschuldigt ja nicht dafür, dass man nicht in der Digitalisierung, was ja auch dazu beitragen kann, genau solche Prozesse vielleicht noch fehlerunanfälliger zu gestalten, dass man da jetzt langsam war und vielleicht sich jetzt ja nun etwas ändert, und mehr Schwung aufgenommen wird.

[pgg]: Sind denn Datenschutzprobleme dabei die Hauptsache oder gibt es noch andere Schwierigkeiten, die Sie sehen, wo Sie sagen, da ist es einfach in der Verwaltung noch nicht an dem Punkt, wo es sein sollte?

[Hansen]: Ich glaube, die Datenschutzprobleme sind das Geringste dabei, denn bessere Technik, überhaupt auch eine Abbildung in Technik, kann häufig dazu beitragen, dass bestimmte Datenschutzfehler oder Verstöße gar nicht begangen werden können, dass der Sicherheitsmaßstab sogar erhöht wird, sagen wir durch standardmäßige Verschlüsselungen, was eben bei vielen alten Techniken überhaupt nicht der Fall war, oder dass auch manchmal weniger verloren geht. Das ist nicht so ganz eindeutig immer zu entscheiden, aber beispielsweise im Bereich der Datenbanken, beim Aufbau von Datenbanken, da läuft es ja nun schon seit sehr langer Zeit in der Verwaltung, also seit Jahrzehnten so, dass immer mehr von den Personen erfasst wird. Da war man ja nicht unbedingt sehr langsam, was Digitales angeht. Da hat man allerdings häufig dann auch noch mehr Risiken aus Datenschutzsicht, motiviert also ein bisschen den Datenschutz, dass zum Beispiel dort die Zugriffsrechte entsprechend gering gestaltet werden, dass also nicht jeder auf alles zugreifen kann und man mal schnell ausspionieren kann als Verwaltungsperson oder vielleicht auch als Polizist:innen, ob man dort über andere Personen etwas herausfindet. Aber auch da wieder die Technik, die durch das Protokollieren, durch bestimmte Pflichtprüfungen es viel einfacher macht, eine Kontrolle durchzuführen, als wenn es nur um Papierzugriffe geht. Also auf der einen Seite das Risiko, wenn große Mengen von Daten im Zugriff sind, verknüpft werden können, da kann man auch technisch gegenwirken. Auf der anderen Seite mehr Protokollierung, genaue Zugriffsrechte, Verschlüsselung und natürlich auch Maßnahmen damit, zum Beispiel bei so einem Großinzident wie einem Feuer, man trotzdem nicht alles gleich verloren hat. Achtung, wir sehen jetzt aber auch solche Großsituationen im Bereich der Cyber-Sicherheit, also bestimmte Kreise oder Kommunen, die durch Ransomware völlig stillgelegt werden. Dann hat das Sich-Verlassen auf Technik das Problem, dass vielleicht über Tage, manchmal Wochen oder noch länger eine Verwaltung nicht arbeitsfähig ist und zum Beispiel auch keine Subvention auszahlen könnte. Also wirklich Menschen nachher betroffen sind, die vielleicht ihr Geld gar nicht ausgezahlt bekommen.

[mg]: Ich glaube, wir gehen gleich mal in die Vollen, nämlich dieser Open Source-Ansatz, der jetzt in Schleswig-Holstein verfolgt wird. Was ist die Begründung dafür, warum man das jetzt als die Strategie auswählt?

[Hansen]: Wir haben in Schleswig-Holstein, glaube ich, immer schon einen sehr offenen Umgang mit Technik gepflegt. Vielleicht ist das auch so ein bisschen die Nähe zu Skandinavien, die ja auch sehr als technikaffin gelten. Im Bereich der Software-Entwicklung gibt es natürlich auch eigene Rechenzentren, die hier in Schleswig-Holstein etwas gemacht haben, aber warum jetzt Open Source? Weil man festgestellt hat, dass bestimmte Abhängigkeiten, also sowohl von den Entscheidungen, die in dem Code nachher drinstecken, von Datenabflüssen, die man nicht steuert, nicht mehr kontrollieren kann, dass die zu vermeiden sind. Aber tatsächlich auch ist das Kostenargument da wichtig. Man ist dann auch in der Abhängigkeit, für die nächste Version wieder neues Geld auf den Tisch zu legen oder ständig dabei zu bleiben. Man hat sich sozusagen selbst eingeschlossen. Diese Lock-in-Effekte, die sind hier bei solchen Einsatzszenarien eine große Hausnummer, wo ja zigtausende Verwaltungsmitarbeitende da sind. Auch die Lehrkräfte in den Schulen, die Schüler:innen jeweils auch Accounts inzwischen haben. Allerdings kann man diese Rechnung nicht so aufmachen. Open Source ist keineswegs kostenlos. Also, es kostet auch viel Geld, es kostet auch viel Kompetenz. Und genau dann, wenn man diese Karte spielen möchte, die Abhängigkeit eben nicht hat von bestimmten Anbietenden, dann muss man ja auch das eigene System beherrschen. Das ist so eine Trivialforderung:

Verwaltung muss nach Recht und Gesetz handeln, die muss immer ihr Tun beherrschen. Aber in der technisierten Welt ist das gar keine Selbstverständlichkeit mehr. Und das ist ein Problem, das auch Schleswig-Holstein nicht bis jetzt lösen konnte. Es gibt sehr viel zu wenig Personen in der Verwaltung, die wirklich mit IT aufgewachsen sind oder das Thema beherrschen. Und auch da ist die Verwaltungskultur für viele Informatiker:innen nicht unbedingt attraktiv.

[mg]: Jetzt haben Sie das selbst so ein bisschen angesprochen, deswegen bringe ich das mal ein. Sie sind ja eine Exotin, sag ich mal, mit Ihrem fachlichen Hintergrund. Die Kolleg:innen in anderen Bundesländern, die Datenschutzbeauftragten sind ja in der Regel Juristen oder Politikwissenschaftler. Wie erleben Sie denn unterschiedliche Herangehensweisen auch an IT-Fragen? Ich will jetzt nicht suggerieren, dass der Sachverstand fehlt bei den anderen, aber Sie haben ja nochmal anderes Wissen, das Sie einbringen, andere Perspektiven. Merkt man das? Gibt es da kulturelle Unterschiede?

[Hansen]: Es gibt auf jeden Fall kulturelle Unterschiede, wobei ich meine ganzen Mitstreiter:innen hier loben muss. Sie sind ja in einem Thema Datenschutz, was sowieso ganz viele Perspektiven aufweist, weshalb man häufig, sagen wir mal, Gateway-Menschen dort einsetzt, die auch mit anderen Disziplinen sprechen können müssen. Sagen wir, wenn wir über medizinische Fragen reden, haben die Datenschützer:innen gar nicht das Wissen darüber, was wirklich erforderlich ist oder nicht. Sondern müssen aber trotzdem sehen: Ist das Datenschutzrecht eingehalten? Da muss man schon auch mit den Fachleuten sich auseinandersetzen und kann nicht behaupten, im Datenschutzrecht steht das schon so eindeutig drin, damit ist jetzt alles entschieden. Nein, es geht zum Beispiel um: Ist irgendwas für einen Zweck erforderlich? Und das ist ja eine Sache, die sich nicht nur eindimensional treffen lässt. Also das bedeutet: Was haben wir jetzt hier im Diskurs? Es ist schon wichtig, dass alle einander zuhören. Ich denke auch, dass die Informatik sich gemausert hat in der Perspektive, insbesondere aus juristischer Sicht, von einer Hilfswissenschaft – das sind irgendwelche, die sorgen dafür, dass das System so läuft oder vielleicht sind es auch diejenigen, die was entwerfen, was so eine Dystopie aufmacht – zu etwas, da können Lösungen sein. Aber ganz egal, ob es nun was ist, was gegen Datenschutz oder Grundrechte wirkt oder für Grundrechte wirkt: Man muss sich damit beschäftigen. Und das ist bei allen angekommen. Und auch, dass solche Begriffe wie Machine Learning, wo kann das jeweils laufen? Dass man jetzt nicht mehr die Augen verschließen kann, egal aus welcher Disziplin man kommt. Wenn man sich mit dem Durchsetzen, mit dem Gestalten und mit dem Garantieren von Grundrechten in der digitalen Welt als Datenschützer:in, als sonst wer beschäftigt. Dass man da jetzt mitreden können muss, dass man auch den Mut haben muss, sich ein wenig zu vertiefen. Man muss auch seine Grenzen kennen. Also ich halte nichts davon, dass jemand dann mir alles Mögliche erklären will. Und ich merke, dass da gar kein Fundament vorhanden ist. Aber diese Sorge hat man normalerweise nicht. Sondern wir können dann auf Augenhöhe mit den verschiedenen Disziplinen reden und nicht mehr Technik ebenso als Mittel zum Zweck sehen. Und das finde ich auch sehr wichtig. Aber ganz wichtig auch andersrum: Auch aus technischer Sicht darf man nicht so diskutieren: Was soll das mit diesen Grundrechten? Die lassen sich ja gar nicht kodieren, implementieren. Ich weiß ja gar nicht, wie das geht, wenn ihr kein anständiges Pflichtenheft aufschreiben könnt, ihr Juristen, dann seid ihr raus. Also, das ist natürlich auch eine falsche Vorstellung. Und eine ganz falsche Vorstellung ist, dass man denkt, man könnte alles allein lösen. Technik löst nichts allein, Organisation nicht, Recht löst es auch nicht allein.

[pgg]: Wie hat man sich das jetzt so konkret vorzustellen, dass so ein Bundesland tatsächlich so eine Pfadwahl wagt? Das Vorbild fehlt, die anderen Bundesländer warten ab oder gucken jetzt wahrscheinlich auch nach Schleswig-Holstein. Und gab es da bestimmte Treiber? Hat das was mit Parteiprogrammen zu tun? Kamen aus der Verwaltung selbst Leute, die gesagt haben: Wir sollten jetzt aber? Haben Sie Druck gemacht? Gibt es Öffentlichkeit, die das treibt? Wie kommt so eine mutige Entscheidung zustande? Und wo hat die angefangen? Das ist ja wahrscheinlich eine Sache von langem Vorlauf gewesen.

[Hansen]: Ich glaube, ich sehe es wahrscheinlich als noch länger im Vorlauf, als jetzt die meisten Schleswig-Holsteiner:innen das hier sagen würden. Ich bin seit 1995 in dem Bereich tätig und relativ früh haben wir, ich mit anderen Personen dort aus der Forschung, aus der Praxis, uns auch mit Open Source beschäftigt. Linux ging ja da gerade erst los, aber auch der Einfluss der großen Plattform ging auch da gerade erst so los. Das hatte sich ja noch gar nicht so alles auf wenige Quasi-Monopole eingeschossen. Und an der Stelle war aber schon klar: Wir reden zum Beispiel über Prüfmöglichkeiten gegen Hintertüren. Open Source-Publikationen haben wir also schon in den 90ern gemacht und dafür geworben. Und auch dieser Spirit: Man kann davon profitieren, man bringt aber auch sich ein. Es ist also nicht so eine One-Way-Geschichte. Das war damals eigentlich bei vielen schon da. Im Förderbereich zum Beispiel hat vielfach der Fördergeber, die EU-Kommission oder auch die nationalen zunehmend darauf geachtet. Es kam früher, dass das anerkannt war: Das kann was Wertvolles sein. Das ist aber ein, sagen wir mal, dualer Weg. Das andere, das Proprietäre, ist eben auch wertvoll und sollte auch so sein. Und Schleswig-Holstein war dann so mutig, ja doch nicht. Wir haben nicht von heute auf morgen abgeschaltet, gesagt, alles wird jetzt hier Tabula rasa ersetzt, sondern es ist tatsächlich auch dual. Übrigens in der Verwaltung auch gar nicht so völlig fernliegend, man hat nämlich viele Fachverfahren. Hier sagen wir im Meldebereich, im Steuerbereich, Sozialgesetzbereich, da gibt es überall spezifische Datenbanken, spezifische Prozesse, die eben in Technik damals mit den großen Rechenzentren jetzt noch ein bisschen anders gelaufen sind und wo man auch standardisierte, das ist auch wichtig, Schnittstellen, standardisierte Informationsflüsse von bestimmten Stellen, zum Beispiel Bund-Länder, zum Beispiel Kommunen untereinander, Kommune-Ministerium, schon etabliert hat. Das heißt, wenn man das sowieso mal aufräumen muss, also weil jetzt die Technik sich insgesamt geändert hat, dann ist es auch gar nicht so unrealistisch, in den Fachverfahren auf Open Source zu setzen. Und das war einer der Milestones, zu sagen, innerhalb dieser Zeit sollen zehn Fachverfahren jetzt als Open Source sein. Also, das klingt so ganz wenig, weil das ja hunderte, tausende Fachverfahren sind, aber man muss ja irgendwo anfangen. Und ein anderer Milestone ist: Wir bauen ein Arbeitsplatzsystem, was alles gleich umfasst und nicht nur so ein bisschen: Hier, jetzt ist der Texteditor open-source und das passt aber nicht mit dem Präsentationsprogramm. Gut ist es auch, aber da müsst ihr alles lernen. Oder wie geht denn das jetzt, wenn wir auch noch Videoconferencing machen sollen? Müssen wir jetzt wieder umswitchen? Also mal ein bisschen gedacht aus der Arbeitsplatzsicht. Es ist dann an alles gedacht und das baut aufeinander auf, auch modular. Und so kann man natürlich dann allmählich dahin kommen, wo vielleicht so ein Tabula-rasa-Ansatz gleich gescheitert wäre. Ich glaube, es liegt auf der Hand, das haben ja früher schon einzelne Kommunen, Städte mal das probiert, aber dass man in diese Richtung geht und dass aber dann es viel einfacher ist, wenn man das nicht nur als Einzelspieler:innen macht, sondern als Land im Koalitionsvertrag zum Beispiel sowas verortet, dass die Abgeordneten dann auch

Interesse daran zeigten, mehrere, die jetzt der Digitalisierung mehr zugewandt waren. Dann sehe ich inzwischen in anderen Koalitionsverträgen, dass das auch auftaucht in anderen Bundesländern auf Bundesebene und dass man auch wiederum nicht Schleswig-Holstein als kleines Bundesland da allein lässt, sondern dass fast alle mit Schleswig-Holstein sich sowieso austauschen und nicht nur so misstrauisch von der Seite gucken, sondern eher sagen: Ja, machen wir eben auch mit, geben wir dem Ganzen eine Chance. Also das bedeutet, wie man Projekte einführt, das ist alles mühselig, aber große Änderungen, und hier geht es auch um Infrastrukturen, die erfordern einen gewissen Vorlauf. Und deswegen war das natürlich jetzt schon etwas, was auf Jahre angelegt war. Ja, und eine Kleinigkeit, sozusagen, ist vielleicht auch nochmal spezifisch aus Schleswig-Holstein. Unser Digitalisierungsminister in der Zeit, Jan Philipp Albrecht, das ist der, der sich auch mit Digitalisierung und deswegen der Datenschutz-Grundverordnung beschäftigt hatte davor. Das bedeutet, auch da hat er einen besonderen Zugang, den vielleicht viele jetzt vor fünf oder zehn Jahren oder länger noch nicht hatten. Inzwischen würde ich aber denken, dass die Message überall angekommen ist: Gebt Open Source eine Chance. Das kann sich eben bewähren. Und vielleicht noch eine weitere Message: Abhängigkeiten führen uns in Probleme. Und damit meine ich jetzt nicht nur Softwareabhängigkeiten, sondern auch vielleicht geopolitische Abhängigkeiten, die noch viel größere Bedarfe auf einmal erwecken, wo man feststellt, man hat doch diese Beherrschbarkeit des eigenen Systems nicht in der Hand. Und für unsere Informationsgesellschaft, nicht nur aus Datenschutzsicht, aber da auch, ist das aber eine Bedingung. Es heißt ja nicht, dass, wenn man selbst es nicht kann, dass es irgendwie undefiniert ist. Meistens heißt es, es ist eine Bestimmung drin, eine Fremdbestimmung. Und wer macht die Regeln? Darf das jetzt ein anderer Staat machen? Darf das ein Softwarehersteller machen? So ist, glaube ich, nicht unser demokratisches und unser eigenes souveränes Verständnis.

[pgg]: Die drei Argumente Datenschutz, Unabhängigkeit und Geld, wenn man das mal so zusammenzieht: Welches von den dreien, ist Ihr Eindruck, zieht im politischen Raum letztlich am meisten?

[Hansen]: Also Datenschutz zieht, glaube ich, nicht am meisten deswegen: Man muss es zwar machen, aber der Staat kann keine Bußgelder verhängt bekommen. Und manchmal wird es deswegen so ein bisschen verlacht, wo die Wirtschaft ganz anders agieren würde. Unabhängigkeit, ich glaube, das haben alle inzwischen verstanden. Daran hängt aber auch der Rest. Ein Impuls hat auch gegeben, als die Snowden-Dokumente herauskamen. Nämlich da wurde klar, dass bei bestimmten Designs von Krypto-Algorithmen, das waren vorher Gerüchte gewesen, aber danach wurde es klar, bestimmte andere Staaten ihre Leute hingeschickt hatten, um bestimmten Code, bestimmte Verfahren dort zu verorten. Also der amerikanische Standardisierungsprozess stellte dann mit einer Eigenüberprüfung fest: Oh, wir sind hier ja ein bisschen ausgetrickst worden, wir haben was standardisiert, was dazu führt, dass die, die den Trick kennen, leichter nachher einen Krypto-Algorithmus brechen können. Hier sind sogar bestimmte offene Debatten geführt worden, wie da die Konzepte jeweils eine Rolle spielen. Hier wird es nicht nur ausreichen, den Code offenzulegen, da muss man auch das Konzept, die Begründung dahinter noch mehr sehen. Und auch reicht nachher nicht nur Software, wir müssen auch über Open Hardware reden. Das bedeutet, dass da vielleicht einige Staaten schon seit Jahren was vorbereiten, wo nachher, wenn es darauf ankommt, sie einen Zugang zum Beispiel zu einer Hintertür sich verschaffen können. Das ist also weniger jetzt Datenschutz allein, schon auch Security. Und auch da stellt man jetzt fest, das ist, glaube ich, bei vielen

angekommen: Wenn die Abhängigkeit dazu führt, dann ist das schwierig. Geld war noch das dritte Argument. Klar, jeder will wenig zahlen, aber auch da sind die normalen Mitarbeitenden nicht die, die das Geld auf den Tisch legen. Also natürlich darf das nicht zu viel kosten. Ich glaube, die meisten machen sich direkt nicht so viel Sorgen. Die sagen eher: Wieso ist es anders? Usability. Wieso muss ich jetzt mich umgewöhnen? Es hat doch vorher gut geklappt. Und die Ängste und Sorgen derjenigen, die nachher sich überfordert fühlen, die es auch nicht gewohnt sind, dass eben vielleicht ein ganzer Arbeitsplatz neugestaltet wird, wäre also eher so eine Schwierigkeit, die aber zu überwinden ist. Denen zu sagen, wieso ist es jetzt billiger geworden, das würde sie nicht unbedingt mehr motivieren. Wenn man aber sagt: Guck mal, das Gesamtsystem, das hat auch schon noch einen anderen Wert und vielleicht gehen jetzt neue Dienste. Sagen wir mal, Messenger gab es vorher gar nicht. Aber jetzt kommt einer und der ist auch noch open-source. Also, so funktioniert es natürlich einfacher. Vielleicht kann sogar also eine gewisse Langsamkeit in der Digitalisierung dazu führen, dass man dann als Open Source gleich schon neue Features mitbringt, die auch gewünscht sind.

[mg]: Das heißt, die Umgestaltung ist auch eine Chance, Prozesse nochmal zu überdenken und umzugestalten?

[Hansen]: Es gab dann den Wake-up-Call 2018 durch die Datenschutz-Grundverordnung, da haben viele ihre Prozesse überdacht. Und die Verwaltung hat manchmal gedacht: Wir sind nicht betroffen. Wir waren vorher schon super im Datenschutz in Deutschland und wir müssen gar nichts tun. Das war ein Irrglaube. Aber spätestens jetzt kommt das doch bei allen nochmal durchgesickert. Oder wo jetzt neue Systeme nach eben 2022 – 4 Jahre – jetzt aufgebaut werden, dass man merkt: Jetzt spätestens muss ich ja doch überlegen, „Was heißt das?“ Und merke: Ups, vorher war das ja doch gar nicht so perfekt oder wir haben es vorher nicht verstanden. Muss man auch sagen, Datenschutz-Grundverordnung ist eben abstrakt geschrieben. Und wenn man unbedingt will, dass genau das, was man schon macht, darunterfällt, dann kann man auch ein bisschen verblendet das interpretieren. Das merken wir manchmal so, wenn wir mit den öffentlichen Stellen sprechen, die denken: Wir mussten doch gar nichts ändern. Aber dann gibt es eben große Missverständnisse, weil auch viele Gerichtsverfahren, die zur Klärung beigetragen haben, nicht im öffentlichen Bereich passieren, sondern was Unternehmen angeht. Also deswegen hat sich die Verwaltung in Deutschland oft vielleicht ein bisschen zu sehr ausgeruht.

[pgg]: Wie sieht das denn aus mit den anderen Bundesländern? Also ich hatte das eben schon so ein bisschen gesagt, man guckt jetzt nach Schleswig-Holstein. Das hat mir jetzt jedenfalls jemand aus Hessen auch so aus dem Bereich von Expertise für Verwaltungsdigitalisierung gesagt. Also wir sind alle gespannt, was die Schleswig-Holsteiner jetzt hinkriegen, und drücken ihnen die Daumen. Wie stehen Sie im Kontakt miteinander überhaupt zu diesen Fragen auf der deutschen Ebene, die deutschen Bundesländer und vielleicht sogar ja auch auf der europäischen Ebene? Im Grunde ist es ja vielleicht auch ein Stück europäischer Weg, den Sie da mitbereiten.

[Hansen]: Es gibt inzwischen Zusammenkünfte, wo alle Länder sich committed haben, außer einem Bundesland. Das hat noch nicht sich dort an diesen Arbeitsplatz, da geht es um dieses Gesamtkonzept, so angeschlossen. Wir haben ja eine weitere Entwicklung im Bereich Verwaltung, nämlich das Onlinezugangsgesetz, OZG. Und da sind sehr viele von diesen Einzelprozessen, von den Fachverfahren, die alle jedes

Bundesland umsetzen muss, auch mit einer kurzen Frist. Und dort hat man festgestellt: Das kann nicht jedes Bundesland von vorne selbst entwickeln, ist auch vielleicht gar nicht nötig. Also verteilt man die, nimmt sich sozusagen immer ein paar und die kommen dann schwerpunktmäßig in ein Bundesland, was festgelegt ist, und so hat man ein arbeitsteiliges Vorgehen. Und das ist immer noch schwierig im Föderalismus, weil die Voraussetzungen oft unterschiedlich sind, auch leider teilweise gesetzlich, dass es noch bestimmte Unterschiede gibt, die aber gar nicht unbedingt so sein müssten. Also vielleicht nur Details oder Begriffe sich verschieden gestalten. Aber so in der Sache stellt sich heraus: Doch es muss so funktionieren und es funktioniert dann auch. Und das bedeutet auch hier geht es darum: Wie kann man das dann gemeinsam nutzen? Einer, der das in Schleswig-Holstein groß propagiert, ist unser Rechenzentrum Dataport. Das ist aber eben nicht nur in Schleswig-Holstein aktiv, sondern in mehreren Bundesländern. Und auch da profitiert man natürlich, wenn jemand nachfragt: Ich brauche jetzt auch diesen Messenger, was könnt ihr da empfehlen? Und das funktioniert schon. Denn meistens ist es ja nicht nur die Technik oder der Vertrag, die Kosten oder so, sondern auch: Wie setze ich das jetzt ein? Was muss ich da dokumentieren? Wie kann ich Schulungsmaterial teilen? Und hier finde ich es ganz gut, vielleicht auch notgedrungen ist es so gelaufen: Einer macht Vorschläge, vielleicht gibt es noch zwei Bundesländer, die schauen mal drüber und können dann feststellen: Da können wir noch was verbessern oder wir adaptieren das für uns und da mussten wir noch an Folgendes denken. Und dann kann das doch für alle verwendet werden. So hätte man dann in der Pluralität, die Deutschland ja hat, so eine Art Gemeinschaftliches und nicht ein Gegeneinander und eben nur gucken und mal sehen, ob der andere jetzt versagt oder so, sondern eher: Wie bringen wir das gemeinsam zu einer Lösung? Naja, wahrscheinlich dauert das auch alles immer noch viel länger. Es gibt ja auch da etablierte Strukturen. Es gibt jetzt auch Softwareanbieter im Schulbereich, die zum Beispiel sagen: Wir möchten doch unsere kommerzielle Software dort einbringen, wieso macht ihr jetzt was Eigenes? Also, ihr verändert gerade den Markt. Was bedeutet das jetzt? Aber das sind nicht die Riesen-Monopole, die da jetzt gerade anfragen, sondern das sind auch KMUs, also kleinere Unternehmen, die da was entwickeln. Und häufig kann man aber auch da ja zu einer gemeinsamen Lösung kommen. Oder auch da merkt man, dass immer mehr auf offene Basisstrukturen zurückgegriffen wird. Also ich glaube, da ist noch nicht viel entschieden. Und ich fände es auch gut, wenn Deutschland generell nicht nachher sagt, wir machen so eine Art Wettbewerb für dieses Verfahren. Wer ist jetzt der Anbieter? Und so wird es jetzt für ganz Deutschland. Dann hätte man zwar immer nur kleine Monopole, aber immer nur eine Lösung, wenn die dann aus irgendwelchen Gründen doch nicht durchhält. Also, weil vielleicht doch was grundlegend falsch ist. Und auch das passiert mal in Open Source-Komponenten. Also, auch das ist schon vorgekommen, dass man jahrzehntelang was mitgeschleppt hat und gar nicht merkte, was für ein Risiko das war. Dann darf es eben nicht ein Total-Failure geben, sondern wie kann man denn trotzdem damit weiterarbeiten? Man muss nicht alles vollständig redundant ausstatten, aber ruhig ein bisschen den Wettbewerb sozusagen haben der besseren Lösung oder auch reagieren können auf veränderte Bedingungen. Es gibt in Deutschland mehrere Strukturen, die das unterstützen. Der IT-Planungsrat zum Beispiel. Es gibt auch viele Diskussionen um offene Schnittstellen. Die EU-Komponente ist eben noch was anderes, weil doch sehr viel sehr eigen ist in allen Nationen, was die Verwaltung angeht. Natürlich gibt es jetzt ein paar EU-Verwaltungsansätze, aber fast immer ist es doch nicht so einfach. Open Source ist natürlich für alle da. Einige Konzepte bei der Corona-Warn-App haben so funktioniert, dass sie dort auch von anderen Ländern aufgegriffen wurden. Aber prinzipiell macht da doch jeder eine

eigene Lösung und eben noch nicht immer ähnliche Lösungen. Teilweise auch bedingt durch die Sprache der Dokumentation. Das war früher eben nur in der eigenen Sprache, also in Deutschland auf Deutsch. Jetzt merkt man aber, dass viele dieser Konzepte, die auch sinnvollerweise weitere Kreise ziehen können, für die, die das gebrauchen können, auch auf Englisch oder auch zuerst auf Englisch dargelegt werden und das dann ermöglichen, anderen Mitgliedstaaten – sind ja nicht viele so groß wie jetzt Deutschland, Frankreich, vielleicht Italien, dass die das dann auch nehmen können, wenn sie es gut gebrauchen können. Aber auch da würde ich denken, Deutschland kann noch lernen von anderen. Also wir sind nicht hier derjenige, der sagt, das ist die einzig mögliche Technik oder so müsst ihr es machen. Und manchmal merkt man auch bei EU-Diskussionen, dass viele doch denken, man möchte jetzt nicht diesen Firmen, die alle aus dieser Region kommen, und ob es jetzt Deutschland oder Frankreich oder sonst was ist, alles sozusagen ermöglichen. Also Wirtschaftsförderung in bestimmten Ländern, und die profitieren sowieso schon davon. Das soll es natürlich nicht sein. Open Source heißt ja eben nicht, dass jetzt alle gleichermaßen damit gut arbeiten können. Es kann gut sein, dass Bestimmte auf der Basis des Codes, der für andere einsehbar ist, eben doch diese Weiterentwicklung professionalisiert haben, die Wartung auch haben. Das heißt also schon auch, dass welche Vorteile haben, die sich mit den Sachen länger beschäftigen. Aber es heißt auch, dass da bestimmte Forks, also Abkömmlinge, sind vom Code, die zugeschnitten werden können auf das, was die einzelnen Nationen für sich eben brauchen. Und das finde ich sehr schön, wenn das dann so funktioniert. In vielen Bereichen, glaube ich, klappt das schon ganz gut. Aber Verwaltung ist meistens eben ein bisschen abgeschotteter, stringenter, und es muss ja auch zu ihren alten Systemen passen. Wir merken es in einem Bereich in Deutschland sehr deutlich. Im Polizeibereich, wo man versucht, immer mehr die Datenstrukturen auch mal anzugleichen, dass es überhaupt dann geht, dass man bestimmte Informationen einfacher austauschen kann. Und da scheint es schon an eben diesen Strukturinformationen, was wird gespeichert, wie heißen die Felder und so, zu haken, das hat über Jahre jetzt schon gedauert, bis das wohl als Vorbereitungsarbeit passiert ist. So komplex könnte das auch sein im EU-Kontext, wenn man dann nicht unbedingt Polizei-, aber Verwaltungsprozesse sieht. Ein Beispiel: Was sind öffentliche Stellen, was sind nicht-öffentliche Stellen? Selbst das ist nicht eindeutig in der EU. Also, es gibt verschiedene Ansätze dafür und das ist auch in Ordnung. Da muss nicht alles so sein, wie es jetzt in Deutschland geregelt ist.

[pgg]: Wie reagiert denn die Presse und die Öffentlichkeit auf Ihr Vorhaben? Wird das zur Kenntnis genommen und ist das irgendwie kontrovers? Kriegen Sie da Anfragen?

[Hansen]: Die Fachpresse findet das üblicherweise gut, die, die sich damit beschäftigen. Und für die anderen ist es ja was, was eigentlich versteckt abläuft. Also denen geht es darum: Die Verwaltung soll schnell, professionell, sicher, datenschutzgerecht den Kram abarbeiten und nicht, wie es passiert. Also, die wissen es meistens nicht, oder vielleicht wollen sie es auch nicht wissen, wenn dadurch Fehler passieren würden oder was auf einmal nicht mehr verfügbar ist oder so. Dann wird das natürlich schon bemerkt. Und das ist ein anderer Effekt. Wie doll bindet man die Bürgerinnen und Bürger ein? Also sollen die jetzt bei Portalen mitmachen? Müssen die sich einloggen? Und ist das was, was denen Spaß macht, wo sie sagen, jetzt kann ich mitbestimmen, ich kann selbst was entscheiden, oder wo sie denken, die sparen nur ein und ich muss auf einmal hier die ganze Arbeit leisten, die wollen ja was von mir? So ist ja häufig die Idee. Also als Elster eingeführt wurde, das Einreichsystem für Steuererklärungen, fanden einige das sehr schön. Als es aber Pflicht wurde, dass bei

bestimmten Einkommen man das unbedingt verwenden musste, da gab es schon ein bisschen, naja, waren einige genervt, da gab es natürlich Übergangszeiten. Und das ist wahrscheinlich auch genau der Trick, sag ich mal, eine Gewöhnung daran. Denn inzwischen ist das System gut verwendet, würde ich sagen. Insbesondere gibt es aber viele, die auch dann darauf aufbauend auf dieser, sagen wir mal, sparsamen Verwaltungssoftware, also sparsam in der Funktionalität, da jetzt noch mehr Service anbieten und dann eben für 20, 30, 40, wie auch immer Euro im Jahr ein Produkt anbieten, was kompatibel ist. Also so hat dann da der Markt reagiert. Aber alle haben sich irgendwie dran gewöhnt: Ach ja Steuer, da ist was. Und am Anfang musste man eben trotzdem alles immer noch zusätzlich schicken und noch mit Unterschrift und noch Papier und auch das ebbt allmählich ab. Vielleicht braucht Deutschland eben ein bisschen länger, dass das nicht von heute auf morgen alles so angesagt wird. Aber es gibt auch viele, die sagen: Ich kann es nicht, ich habe gar keinen Rechner, oder ich möchte auch nicht einen Zugangsweg eröffnen für die Verwaltung, dass die mir zum Beispiel wie so ein Einschreiben per Mail gibt, und wenn ich es nicht gelesen habe, dann läuft eine Frist oder so. Beim Briefkasten erwartet man eben, oder Einschreiben mit bestimmten Zustellmechanismen, dass es dann zugestellt wird, Fristen laufen, wenn man nicht entsprechend reagiert, dann hat man vielleicht eine schlechtere Rechtsposition. Und das trauen sich viele doch dann nicht so zu in ihrem eigenen Bereich, und ob dann nachher die Sicherheit wieder, wenn das Endgerät, das Smartphone oder so, das hergibt, ob das barrierefrei ist. Was ist mit Personen, die das, sagen wir, bestimmte PDFs gar nicht sehen können? Können die assistive technologies das interpretieren? Wir hatten jetzt neulich einen Fall, da wurde ein PDF an einen Blinden geschickt und der hatte das dann verwendet und dann wurde die Datei nochmal geschickt, diesmal mit dem richtigen Verwaltungsstempel, derselbe Dateiname. Und diese zweite hätte er verwenden sollen, er hat die erste verwendet, war für ihn nicht unterscheidbar. Und dann ist die Frage: Verwaltung, das muss doch jetzt hier barrierefrei sein, wie kann das passieren? Solche Probleme gibt es eben auch noch, das darf man damit nicht vergessen. Wiederum: Die Technik kann ganz viel ermöglichen, es muss aber dann sinnvoll auch sein, und hier sieht man offensichtlich, dass da mehrere Fehler passiert sind, aber Barrierefreiheit war hier eben auch nicht gegeben.

[pgg]: Gibt es andere Felder, wo Sie sagen würden, in den nächsten Jahren kommt das bei den Bürgerinnen und Bürgern an? Also, da ist dann tatsächlich auch ein anderer Prozess, ein besseres Look and Feel, irgendwie ein direkteres Miteinander-Umgehen?

[Hansen]: Ich glaube, Bürgerbeteiligung mit solchen Formaten wird wahrscheinlich mehr passieren. Vielleicht also ein Eigeninteresse von Ortsbeiräten, jetzt so ganz klein, dieses Kommunale, wo man vor Ort Unterstützung möchte. Wir merken auch: Kaum jemand geht mal wirklich zu einer Ratsversammlung. Dann war die Frage aber: Wenn das jetzt virtuell ist, vielleicht ja dann? Oder wenn jetzt gerade was Entscheidendes passiert, wie kriegt man diejenigen mobilisiert? Und ich glaube, gerade tut sich ganz viel. Insoweit kann die Pandemie auch als Digitalisierungstreiber im Sinne der Beteiligungsmöglichkeiten, also mehr Demokratie, gewirkt haben, weil sich viele jetzt doch ein bisschen dran gewöhnt haben. Selbst welche, die vorher mit Computern nicht so viel am Hut hatten, haben dann doch vielleicht geschafft, mit Enkeln und Enkelnen dann zu videochatten. Vielleicht ist das noch nicht die datenschutztolle Variante. Aber wieder: Wenn die Verwaltung dann mitmacht und anbietet und auch viele, die Bürgermeisterwahl oder so etwas mitmachen, sagen: Ich bin offen, ich bin digital native, ich möchte das hier anbieten, dass das jetzt gerade funktioniert. Dann

geht es auch um die faire Gestaltung. Wie kann man hybride Konferenzen zum Beispiel hinbekommen? Vor zwei, drei Jahren hätte man gesagt, geht gar nicht, das ist immer irgendwie unfair. Ja, es sind immer verschiedene Bedingungen für verschiedene Personen. Bedingung ist auch zum Beispiel, dass das Netz funktioniert, dass es nicht an solchen infrastrukturellen Problemen leidet. Und auch da hat Deutschland noch erheblichen Nachholbedarf. Für mich eigentlich ein langweiliges Thema. Aber ohne das funktioniert ja gar nichts. Also wenn wir nicht so etwas gewährleisten können, dann hat man immer eine starke Diskriminierung. Jetzt aber darauf aufbauend: Wie geht es, dass es bei jedem Rechner, der so typisch ist, auch funktioniert? Oder bei den Handys. Und naja, dann kommen wieder die Souveränitätsfragen. Gerade im Handybereich merken wir, dass wir sowohl bei Hardware als auch bei den Plattformen weit weg sind von einer Unabhängigkeit von den Herstellenden.

[mg]: Es ist super, dass Sie das nochmal erwähnen, weil jetzt kann ich eine Frage stellen, die mir vorhin kam. Open Source ist, glaube ich, vielen ein Begriff. Aber Open Hardware hatten Sie auch erwähnt als einen wichtigen Aspekt. Können Sie das mal erklären? Das ist, glaube ich, nicht so bekannt.

[Hansen]: Ja, dasselbe Prinzip natürlich. Wenn man erst mal verstehen will und muss, dass das funktioniert, dass man was beherrschen kann, dann braucht man auch für die Hardware bestimmte Informationen. Ich selbst bin nicht diejenige, die jetzt mit dem Lötkolben versucht, sich das selbst zu bauen. Und in dem Bereich der Mikrochips hier wird das auch so nicht funktionieren. Es gibt aber durchaus auch Leute im Forschungsbereich, die sich damit beschäftigen oder auch nochmal neu konzipieren, was wir brauchen, wenn wir eigene Boards für solche Systeme haben. Man ist da jetzt beim sozusagen selbstsouveränen Bauen noch, wieder, muss man sagen, wieder in den Kinderschuhen, weil ja ganz viel aus bestimmten, wenigen Staaten der Welt mit auch bestimmten raren Materialien geliefert wird. Und wir feststellen, wie allein durch Logistikprobleme diese Abhängigkeiten uns in Probleme bringen. Also wenn bestimmte Tanker gerade nicht anlaufen können, weil da eine No-Covid-Policy ist oder weil die Hafendarbeiter und -arbeiterinnen streiken. Also selbst so was passiert gerade an mehreren Stellen. Könnte sein, dass dann bestimmte Hardware auch bei den Chips nicht ausgeliefert werden kann. Also diversifizieren heißt auch hier, dass man erstmal mehrere Möglichkeiten hat. Das andere, was Open Source eben auch leistet, also wenn man das dann versteht, ist die Abwesenheit von unerwünschter Funktionalität. Backdoors, dass keine Hintertür drin ist. Und je komplexer das Ganze ist, desto besser kann man sowas natürlich auch darin verstecken. Aber auch hier: Wer das wirklich offenlegt, der könnte dann auch dort mehr dazu beitragen, dass andere das verwenden können. Also, wer nur was offenlegt und sagt: Guck mal, dann ist hier einmal ein Zentimeter ein Chip und da passiert ganz viel drin, und lies mal hier die 3000 Seiten Doku dazu. Hier geht es häufig darum, dass doch diejenigen, die professionell damit arbeiten, auch die Chance haben, das nachzuvollziehen und auch Abweichungen feststellen. Wenn zum Beispiel das nicht nach der Spezifikation ist. Also, die Papierlage ist super, aber die Realität ist anders, dann muss man eben auch da irgendwie eingreifen können. Die Abhängigkeiten mit der Hardware, die können auch sehr stark entscheidend sein für das, wie wir unsere künftige Welt sehen. Denn wenn nachher zum Beispiel die Hardware ferngesteuert abschaltbar wäre oder bestimmte Anfälligkeiten hat, kann sein, dass alles super datenschutzgerecht liefere, aber in bestimmten Extremsituationen – und man kann ja sowas wie einen Krieg jetzt eben zurzeit überhaupt nicht mehr ausschließen, ich bin auch fast sicher, dass wir

weder in der letzten Pandemie noch im letzten Kriegszustand gerade uns befinden, von dem, was wir in der normalen Lebensspanne hier noch erwarten –, aber dass solche Punkte hier auch im Bereich von solchen Extremsituationen eine Rolle spielen. Und manchmal weiß man auch erst später, was die Beziehungen dort sind. Also ein Beispiel, wo jetzt ein Cybersicherheitsangriff eine unerwartete Konsequenz hatte, war in Niedersachsen die Windräder, die von Satelliten, weil eben nicht vollständige Netzabdeckung dort ist, von Satelliten eine Telekommunikationsverbindung aufgebaut hatten und dort dann jetzt nicht mehr ferngesteuert werden konnten. Das heißt, sie liefen noch, aber sie konnten nicht mehr eben angesprochen werden. Dann hat man weitere Probleme in der Wartung. Es heißt, dass jetzt diese Satellitenangriffe durch Russland deswegen passiert sind, um in der Anfangsphase in der Ukraine diese Möglichkeiten der Abwehr, der Flugabwehr zum Beispiel, zu torpedieren. Also, das bedeutet, da einen Cyberangriff machen, um einen Ausfall für wenige Tage vielleicht auch nur, zu erreichen in einer kritischen Phase. Also das hat Auswirkungen auf niedersächsische Windräder und Energiesteuerung oder auf: Ist die Beherrschbarkeit noch da, was ist, wenn das jetzt zu schnell funktioniert? Also jetzt ist die Frage, was bedeutet das eben, wenn man erstmal auch in Hardware anfängt, was offenzulegen? Ich glaube, das werden wir erst dann verstehen, wenn wir immer mehr davon haben an Komponenten. Das geht nicht alles auf einmal in der Praxis. Aber wenn man gar nicht damit anfängt, dann kommen wir auch nie dahin, dass irgendwie was mehr nachvollziehbar ist.

[mg]: Dass es nachvollziehbar ist, ist ja sozusagen die eine Voraussetzung. Das andere ist natürlich auch, dass das Expertenwissen beim Start oder in der Öffentlichkeit vorhanden ist. Gibt es jetzt die Rieseneinstellungswelle für IT-Experten oder gibt es da schon die entsprechenden Personen? Ist der Staat als Arbeitgeber interessant für Leute, die exzellent sind in dem Feld?

[Hansen]: Der Staat zahlt nach dem Tarifvertrag. Und das ist oft nicht so interessant für die Bewerbenden. Das sehe ich so als Hauptproblem gerade. Es sind zu wenig Absolvent:innen. Das ist auch etwas, was sowohl die Unternehmen als auch den Staat betrifft. Aber wenn man sich dann aussuchen kann, wo man hingehet, würde man vielleicht nicht unbedingt eine staatliche Stelle aufsuchen. Führt meistens dazu, dass der Staat sich Consultingfirmen bedient, die wiederum relativ viel Geld kosten, aber dafür natürlich dann nicht in diesem öffentlichen Arbeitsverhältnis stehen oder Dienstverhältnis stehen und dann vielleicht keine Pensionsansprüche und Rentenansprüche erworben werden. Aber ob sich das insgesamt lohnt und ob die Abhängigkeit hier nicht viel zu groß auch schon geworden ist, das lasse ich mal hier offenstehen. Ich würde mir wünschen, dass der Staat attraktiv ist, auch für Personen aus dem Technikbereich. Jetzt mal grob global gesprochen. Aber wieder: Es muss nicht jede Kommune eine vollständige Ausbildung von allen auf, sagen wir, Forensik-Level haben. Wir müssen aber doch genug haben, dass in den Bundesländern und auch auf Bundesebene dann zum Beispiel Prüfteams sich bilden können. Die könnten ja auch eben wieder arbeitsteilig vorgehen, herumgehen und so. Da stellt sich die Frage auch an uns Datenschützer. Wir haben ja nicht übrigens in jedem EU-Staat, aber in Deutschland immer in allen Behörden auch Personen aus dem Technikbereich, und das ist auch sehr wichtig, dass hier eine Prüfung und eine Fragestellung auch in dem Bereich da ist und dass man die Antworten verstehen kann und auswerten kann. Dass es an Spezialkenntnissen fehlen würde für ganz viele Einzelprüfungen, das ist, glaube ich, klar, weil das wieder so divers ist. Hier geht es wieder darum, mit den jeweiligen Expert:innen dort zu sprechen, um zu verstehen, wie funktioniert das hier, dass das

auch so klappt. Ansonsten würde ich mir wünschen, dass auch beim Entwicklungsprozess bestimmte Milestones, bestimmte Dokumentationspflichten, also wie Prüfpunkte, klarer definiert sind, wo man Klarheit hat: Das läuft so, wir sind noch im grünen Bereich. Und wie sich das in der Komplexität, in der neuen Welt der Künstlichen Intelligenz dann noch darstellen lässt, wo alles noch viel schneller mit noch mehr Daten funktioniert und mit noch weniger Nachvollziehbarkeit. Da muss man eben auf ganz andere Prüfmöglichkeiten gehen. Auch intelligentes Prüfen ist ja gar nicht so einfach, aber dass wir eben nicht in eine Abhängigkeit geraten. Ich habe wenig Angst, dass die Maschinen uns kontrollieren, das ist nicht so das Ding. Aber es sind eben Dinge, die dort nicht perfekt laufen. Wir müssen damit umgehen, also wenn ein Bias in den Daten ist beispielsweise. Und es gibt auch Dinge, die spezifisch zur Manipulation eingesetzt werden können oder schon die ganze Zeit eingesetzt werden. Die Nachweise zeigen sich zum Beispiel bei Social Media immer mehr, dass dann auch eine Beeinflussung der Personen durch bestimmte Postings und so da ist, wie man auch Personen radikalieren kann, wie man in die Richtung geht. Oder wenn es nachher doch Sicherheitsprobleme gäbe, je mehr wir mit unserem Körper nachher mit eingebunden sind im Netz, im Internet of Things, durch Implantate, durch das Metaverse, Augmented Reality. Und ich denke, das wird auch in der Verwaltung kommen. Bauleitplanung oder so, wo man dann Überblendungen mit irgendwelchen Konstruktionszeichnungen hat und auf der Basis die Statik der Brücke entscheidet oder so. Das sind Punkte, die nachher auch mit bedacht werden müssen. Und nicht nur wieder Verwaltung als Konsument, sondern verstehen, was gerade passiert. Wer guckt noch mit durch diese Brille mit diesen Konstruktionszeichnungen? Wer sieht, was ich gerade tue? Und wie kann ich darlegen: Ich habe eine richtige Entscheidung getroffen? Wie kann ich auch vermeiden, dass jemand anders, vielleicht aus ökonomischen Interessen, mir immer merkwürdigerweise dann diese Entscheidung nahelegt, dass ich bei denselben Herstellern einkaufe oder so? Also ganz andere Dinge, die trotzdem eine Beeinflussung sind. Und es gibt so viele Motive, deswegen muss man das Risiko abschätzen können. Hier muss man auch damit umgehen können. Wir sind noch dabei, zu verstehen, wie das in der Vergangenheit sich manchmal entwickelt hat. Man liest jetzt manchmal so Beiträge: Wo ist Deutschland falsch abgelenkt in der Energiepolitik? Also finde ich gut, wenn wir uns das bewusst machen, daraus aber auch lernen: Worauf müssen wir jetzt aufpassen für die Zukunft, und nicht nur im Bereich der Energiepolitik, sondern für ganz viele Punkte, die gerade auf uns zukommen.

[pgg]: Das Vorhaben Schleswig-Holstein auf Open Source und auch Open Hardware umzustellen, umzugewöhnen, umzuentwickeln, hat das ein Enddatum?

[Hansen]: Es gibt erstmal ein Zwischendatum 2025 und da soll so einiges dann da sein. Also es läuft dann ja schon dann über fünf Jahre, dass man dann sukzessive immer sieht, was da passiert. Aber vermutlich würde ich sagen, ein Enddatum im Bereich Umstellen kann man schon sagen. Aber dieses Umgestalten der Welt, das darf kein Enddatum haben. Das muss weitergehen und das muss auch in anderen Bundesländern so sein. Wir haben jetzt erstmal ein Zwischendatum in Schleswig-Holstein, eine neue Regierung. Und da, glaube ich, schon sagen zu können, einfach weil sehr viel Vernünftiges in Schleswig-Holstein nicht nur in der letzten Legislatur, sondern auch sonst sich schon so entwickelt und aufgebaut hat, dass dieser Trend hier nicht zurückgebaut wird. Die Digitalisierung muss vorangehen, aber dann bitte schön vernünftig. Datenschutz muss mitgedacht werden. Wir müssen auch die Abhängigkeitsfragen adressieren. Wir müssen die Abhängigkeiten reduzieren. Das ist,

glaube ich, inzwischen verstanden, und die Politik wird das nicht zurückdrehen. Vielleicht wird es sogar ein bisschen schneller gehen. Vielleicht wird man sogar mehr investieren oder noch deutlicher machen, dass man vorankommt, um das Gesamtsystem eben umzugestalten, vorbildhaft, und dann vielleicht auch den europäischen Weg damit als Angebot sieht. Eigentlich ist dieser Trend ja nichts nur für Verwaltungen, sondern für auch andere Bereiche. Und dann ist es natürlich spannend, hier den weiteren Diskurs zu suchen. Aber nicht verheben, würde ich auch schon sagen, nicht den zweiten Schritt vor dem ersten machen. Hier erstmal die kleinen Erfolge einfahren. Und das ist tatsächlich auch schon nicht so einfach, dass so ein kleines Land sich verhebt. Wir können alle Unterstützung brauchen.

[pgg]: Wir gucken gerne aus anderen Bundesländern dann weiter Richtung Norden.

[Hansen]: Sehr gut.

[Der Abspann mit Musik beginnt.]

[mg]: Damit sind wir am Ende dieses Digitalgesprächs angekommen. Wir bedanken uns bei Marit Hansen, der Landesdatenschutzbeauftragten Schleswig-Holsteins, für dieses spannende Interview und die interessanten Einblicke. Viele Grüße nach Kiel. Vielen Dank wie immer auch an Sie, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, für Ihr Interesse und Ihre Aufmerksamkeit. Wenn Sie mögen, hören wir uns in drei Wochen wieder zur nächsten Folge des Digitalgesprächs, dem Podcast von ZEVEDI, dem Zentrum verantwortungsbewusste Digitalisierung.



This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0. To view a copy of this license, visit <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/>